



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zentrum und Flotte

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zentrum und Flotte



Is Heft 3 der „Sozialen und politischen Zeitfragen“ (zwanglose Hefte, herausgegeben von Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Reichstags) ist von Richard Müller (Zulda) ein „Beitrag zur Kritik des Flottengesetzentwurfs“ unter dem Titel „Kann die Marinevorlage vom Reichstage angenommen werden?“ veröffentlicht worden. In der hinreichend bekannten Manier der Zentrumsführer verfehlt auch Herr Müller nicht, in seinem Vorwort ausdrücklich zu versichern, daß er weder ja noch nein sagen wolle, und daß kein Reichstag einer Verstärkung der deutschen Marine in seiner großen Mehrheit so geneigt gewesen sei wie der gegenwärtige. Er hat sogar seine platonische Flottenfreundlichkeit durch einige ganz niedliche Marinebildchen als Kopfleisten ins rechte Licht zu stellen gesucht; er weiß wohl, daß sein in der Sache schroff ablehnendes Votum umso größern Eindruck machen muß. Zum Schluß stellt er die Frage: Wird die Marinevorlage vom Reichstag angenommen werden? und giebt die Antwort Quien sabe, nachdem er vorher noch in unparteiischer Biederkeit dem Leser die „zwei“ Gesichtspunkte, von denen aus die Vorlage zu beurteilen sei, klar dargelegt hat: „einerseits als das Programm einer erhöhten Geldforderung für die Zwecke der Marine — andererseits als die Beschränkung des Ausgabebewilligungsrechts des Reichstags.“ Man könne, meint er, sehr wohl beides trennen, „die etatsmäßigen Forderungen“ genehmigen und doch das „wichtige verfassungsmäßige Recht der alljährlichen Ausgabebewilligung intakt erhalten.“ „Für denjenigen, der die Wahrung und Erhaltung der karglichen Rechte der Volksvertretung ernsthaft nimmt, sollte die Entscheidung nicht zweifelhaft sein.“ Das klingt sehr einfach und annehmbar und wird von der gläubigen Masse der Zentrumsleute ebenso als Quintessenz unabhängiger, gerechter und vorurteilsfreier Politik bewundert werden, wie die in ziemlich ähnlicher Richtung laufende Begründung der ablehnenden Stellung der freisinnigen Volkspartei, die Eugen Richter in seinem neuesten Abbuch veröffentlicht hat. „Es wird,“ sagt Müller im Vollgefühl seiner unbefangenen Vaterlandsliebe, die keine Parteiinteressen beirren könnten, „auch künftig ohne gesetzliche Festlegung gelingen, eine den Bedürfnissen entsprechende starke Marine zu schaffen und zu erhalten; eine gerechte, zielbewußte und vertrauenswürdige Regierung wird von der Volksvertretung, auch ohne dieselbe zur Preisgabe verfassungsmäßiger Rechte zu nötigen, stets dasjenige erlangen können, was zur Erhaltung der Wehrkraft des Vaterlands notwendig ist, zu Wasser und zu Lande.“

Das klingt, wie gesagt, sehr einfach und annehmbar, fast patriotisch. So klingt's, aber gemeint ist wieder einmal ganz anders. Es wäre eine ganz

ungeheure Dummheit, wollte der deutsche Michel auch auf diese Musterleistung ultramontaner Geriebenheit hineinfallen, denn diese Vorschüzung der „konstitutionellen Bedenken“ ist doch in der That schon zum puren Schwindel geworden. Gerade das wird durch die Broschüre Müllers klipp und klar bewiesen: man will die „alljährliche Ausgabebewilligung“ behalten, nur um die „etatsmäßigen Forderungen“ nicht zu bewilligen. Und damit muß die dringende Notwendigkeit, daß unsre Seemacht durch Gesetz vor der Gefahr, die in den alljährlichen etatsmäßigen Bewilligungen liegt, ein für allemal sichergestellt werde, für jeden, der es ehrlich mit dem Reiche meint, völlig außer Zweifel gestellt sein. Wird der deutsche Michel endlich die ultramontane Wiedermeierei begreifen lernen? Wird er endlich merken, was hinter den Bergen gebaut wird? Der freisinnigen Partei mit ihrer verhältnismäßig geringen Vertreterzahl im Reichstage und ihrer, wie es scheint, in die Brüche gehenden Disziplin braucht man für die Flottenfrage keine große Bedeutung mehr beizulegen, aber den Ultramontanen muß die Maske vom Gesicht gerissen werden, mit der sie Volk und Regierungen so oft darüber hinweg getäuscht haben, welche Gefahr sie für die Lösung aller wirklich großen nationalen Fragen sind. Wir haben es vor der so viel gepriesenen Rede des Abgeordneten Lieber bei der ersten Lesung der Marinevorlage ausgesprochen, daß sich ultramontane Politik und Reichspolitik scheiden wie Wasser und Feuer, daß der Ultramontanismus den großen Zielen der Reichspolitik jederzeit ein Bein zu stellen suchen wird, solange er das ist, was er ist, und daß der deutsche Kaiser, der ihm traut, auf Schlimmeres baut als auf Sand. Wir fürchten, wir werden Recht behalten.

Natürlich setzt Müller wie Eugen Richter seinen Angriff an dem schwächsten Punkt an, den die Stellung der Regierungen bietet. Mit einnehmendem Scharfsinn und behaglicher Breite werden vor allem die Widersprüche ausgebeutet, die unzweifelhaft zwischen der heutigen Marinevorlage nebst ihrer Begründung und frühern Denkschriften und sonstigen Äußerungen der Regierung und ihrer Vertreter vorhanden sind. Durch nichts könnte man den Herren Müller und Richter einen größern Gefallen thun, als wenn man diese Widersprüche leugnen wollte. Wir wollen sie nicht einmal entschuldigen. Graf Limburg-Stirum hatte Recht, wenn er den Vertretern der Regierung den Rat gab, sich in Zukunft vor unnötigem Versteckenspielen zu hüten. Sachlich aber ist mit diesen Widersprüchen natürlich gegen die Vorlage auch nicht das geringste zu beweisen. Selbst wenn wir nicht vor einer wirklich völlig neuen Lage und Aufgabe in der See- und Handelspolitik stünden, wäre das Ausgeben früherer Irrtümer kein Fehler, sondern ein Verdienst. Die ungesunden Parteiverhältnisse in der Volksvertretung tragen einen guten Teil der Schuld an dem Laviren der Regierung in den letzten Jahren, bis es nun endlich unvermeidlich geworden ist, offen festen Kurs zu nehmen. Von Rücksichten der äußern Politik gar nicht zu reden. Es ist traurig, sehr traurig, wenn die Regierung gegen die Volksvertretung nicht offen sein zu dürfen glaubt, aber das Zentrum hat ganz gewiß am wenigsten ein Recht, sich darüber entrüstet zu stellen, denn es giebt als die stärkste Partei dem heutigen Reichstag vor allen andern Parteien das Gepräge, das ihn des Vertrauens jeder pflichttreuen Regierung berauben muß. Was ist es aber andres als Schwindel, wenn man aus den Abweichungen von der „Denkschrift von 1873“ die Argumente gegen die Flottenverstärkung von 1898 hernehmen will? Hat man damals unter dem überwältigenden Eindruck der deutschen Siege von 1870/71 den großen Fehler gemacht, die zukünftige Be-

deutung einer starken Flotte zu unterschätzen, hat man es damals unterlassen, einen gehörigen Bruchteil der „Milliarden“ für Marinezwecke festzulegen, so kann doch daraus heute kein Mann, der seine fünf Sinne beisammen hat, folgern, daß die Reichsregierung in dem damaligen Fehler zu verharren habe, wenn sie nicht das Vertrauen zum Reich im großen Haufen der Reichsangehörigen erschüttern wolle. Mit Recht hat der Reichskanzler in seiner ersten Rede zur Marinevorlage auf diese nur durch die zu Lande erfochtenen großen Siege erklärbare Unterlassungssünde hingewiesen. Und doch widmet Müller dem Vergleich der Denkschrift von 1873 und der jetzigen Vorlage einen langen Abschnitt seiner Schrift mit vielen Zahlen und andern schlagenden Argumenten für Dinge, die niemand leugnet. Und was soll auch die hier wieder breitgetretene Aufzählung von Wandlungen in den marineteknischen Anschauungen während der letzten Jahrzehnte für den ernsthaften Politiker sagen? Diese Wandlungen haben sich in der ganzen Welt abgespielt, und wie anderwärts ist auch in Deutschland die Marine jetzt endlich zu einem gewissen Abschluß gekommen, zu einem feststehenden Urteil, soweit man in technischen Fragen überhaupt davon sprechen kann. Auch hier werden die Beweise aufgebauscht für etwas, was weder bewiesen zu werden braucht noch sachlich ins Gewicht fällt. Nur eins galt es damit zu erreichen: der Masse die Parole beizubringen „Taschen zu! Für die Flottenpläne des Kaisers keinen Groschen!“ Oder wagt es Müller wirklich, einem urteilsfähigen Manne weismachen zu wollen, daß durch seine Arbeit jemand, der den Schwindel nicht ahnt, zu einer andern Schlußfolgerung gelangen könnte? Hat er wirklich die Stirn, zu behaupten, mit dieser Schrift der „etatsmäßigen Bewilligung“ der Flottenvermehrung auch nur in einer Zeile ehrlich das Wort geredet zu haben? Es lohnt sich, daraufhin auch die weiteren Abschnitte ein wenig näher anzusehen. Da finden wir zunächst eine Überschrift: „Schutz des Seehandels auf allen Meeren,“ aber kein Wort darunter, das der Marine auch nur irgend welche Bedeutung für diesen Zweck zuerkennt. Gerade das Gegenteil wird nicht etwa behauptet — und das ist so recht bezeichnend —, aber zu beweisen versucht. Da wird ausgeführt, daß „die Pflege guter Handelsbeziehungen mit unsern nächsten Nachbarn für die deutsche Industrie und den deutschen Ausfuhrhandel von viel größerer Bedeutung sei, als alle überseeischen Erwerbungen und Unternehmungen in absehbarer Zeit haben könnten“; „daß das Aufblühen des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels von der Stärke der deutschen Marine unabhängig ist,“ daß „der auswärtige Handel durch einen Krieg mit einer oder mehreren Großmächten auch keineswegs lahmgelegt sein würde.“ Mit besondrer Zuversicht wird weiter der Trumpf ausgespielt, daß die Marinevorlage für den „Auslandsdienst“ nur sechs Schiffe für 32000000 Mark fordere, während für die „Schlachtflotte“ dreizehn Schiffe im Werte von 178000000 verlangt würden. Das soll heißen: Mit dem Schutz des Handels ist es der Regierung überhaupt gar nicht Ernst! Als ganz hinfällig wird dann der Grund der „Verteidigung der vaterländischen Küsten“ für die Flottenverstärkung hingestellt, nicht minder der „Schutz der Kolonien.“ Da wird Fürst Bismarck als Gideshelfer aufgerufen, der einem Mitarbeiter des Herrn Harden gesagt habe, „daß wir sogar die für unsern Kolonialbesitz entscheidenden Schlachten auf dem europäischen Festlande auszufechten haben werden.“ Und vollends der „Schutz der Deutschen im Auslande“ durch die Marine wird ganz und gar lächerlich gemacht. Auch die Beurteilung der „finanziellen Tragweite der Marinevorlage“ läuft schließlich

nur darauf hinaus, eine durchschlagende Begründung für die Ablehnung der Regierungsforderungen zu finden. Ganze fünfundsiebzig Seiten der Schrift sind dem Nachweis der Unzulässigkeit auch der „etatsmäßigen Bewilligung“ der Flottenverstärkung gewidmet, auf zwei Seiten wird die „Forderung dauernder gesetzlicher Festlegung der Flottenstärke“ abgethan, und doch sehen wir dann zum Schluß die schon mitgeteilten Sätze angehängt, mit denen jedem Anschein, als ob der Verfasser und seine Parteigenossen sachlich der kaiserlichen Flottenpolitik ein Bein stellen wollten, vorgebeugt werden soll. Das kann doch der Michel, wenn er aufgewacht sein wird, nur als Schwindel und Bauernfang ansehen. Wir können nur dringend raten, die Müllersche Schrift und den der Marinevorlage gewidmeten Anhang zum Richterschen Abbuch zu lesen. Es ist ein Hochgenuß, zu sehen, was das *Par nobile fratrum* dem faulen Michel noch zu bieten wagt, und sich vorzustellen, wie der biedre Bärenhäuter, wenn er aufwacht, mit diesen Herrschaften abfahren wird. Und aufwachen wird der deutsche Michel im Zentrum wie im Freisinn, das hoffen wir, bald genug.

Gerade dieser plumpe Versuch von Bauernfang wird seine guten Wirkungen haben. Das Unwürdige, zur Gefolgschaft einer Politik zu gehören, mit deren Aufrichtigkeit in den wichtigsten Fragen der patriotischen Pflichterfüllung es so elend bestellt ist, muß den ehrlichen deutschen Männern im Zentrum endlich zum Bewußtsein kommen. Hier spielt das religiöse Gefühl gar keine Rolle, dessen Verletzung im Kulturkampf der ultramontanen Politik eine so verhängnisvolle Macht über die Gemüter der katholischen Deutschen verschafft und das Zentrum so fest zusammengeschweißt hat. Klar und nackt tritt die ultramontane Politik in Gegensatz zur deutschen Reichspolitik. Mit Freisinn und Sozialdemokratie im Bunde will die Partei die deutsche Politik lähmen. Und wem zuliebe? Nun, den gebildeten deutschen Katholiken kann es nicht verborgen bleiben, wohin diese Wege zuletzt führen, und vor die Frage gestellt, ob sie wesentlich die Zukunft des neuen deutschen Reichs an die Pfründlichkeit in Rom, die die Herrschaft führt über Papst und Kirche, verraten sollen oder ehrliche Leute bleiben, wird ihnen, das ist ganz sicher, die Wahl nicht schwer fallen.

Es kommt jetzt alles darauf an, daß die Regierungen fest bleiben. Das Durchdrücken einer Flottenverstärkung auf der in der Müllerschen Schrift wenigstens erwähnten, wenn auch nicht befürworteten Grundlage „etatsmäßiger Bewilligung“ wäre ein Pyrrhussieg der kaiserlichen Flottenpolitik, weit schlimmer als die Verzögerung der gesetzlichen Sicherstellung der mäßigen Flottenforderungen der Vorlage um Jahr und Tag. Das Volk muß an den Ernst der Regierung glauben lernen. Es gehört zu den frivolsten, aber leider auch zu den wirksamsten Agitationsmitteln der heutigen Opposition, die Ernsthaftigkeit der Regierungspolitik anzuzweifeln und die ersten Räte des Reichs als urteils- und überzeugungslose Diener hinzustellen, die den Launen des Herrn wohl oder übel zu genügen suchten. Es ist traurig, daß solche Mittel im deutschen Volke noch anschlagen, aber es ist wahr. Wer in dieses Horn bläst, der darf auf laufende Hörer rechnen vom Sachsenwalde bis an die Isar und vom Niederrhein bis zum Pregel, der ist gern gesehen in der kleinsten Werkstatt und im größten Bankhause, im Botenzimmer und unter Geheimen Räten. Und deshalb immer wieder: Nur jetzt keine Schwäche, nur kein Schacher, nur keine halbe Arbeit!

Wie die Zeitungen sagen, hat es die Zentrumsparthei für zweckmäßig gehalten, den Eindruck der Müllerschen Schrift etwas abzuschwächen. Die Parthei soll dadurch in keiner Weise als gebunden erscheinen. Als ob man solche Schwächen dem Ultramontanismus noch zutrauen könnte! Aber man rechnet auf die Schwäche der Regierung. Sie muß gezwungen werden, die rettende Hand des Zentrums auch in der Flottenfrage hilfesuchend zu erfassen, damit der deutsche Michel auch das noch glaubt, wenn er es hört und liest: „Dem Papst in Rom verdankt der Kaiser seine Schiffe.“ Diesen Dank gilt's der welschen Pfaffheit zu sichern, und deutsche Freiherren geben sich zu solchem Handel her!



Madlene

Erzählung aus dem oberfränkischen Volksleben von J. H. Köffler

Verfasser von „Martin Böhinger“

(Fortsetzung)

5. Graupelwetter



aß acht Jahre vergehen können, ohne daß die Liebe zweier Menschen zu einander an den Tag kommt — zweier Menschen, die in einem kleinen Dörflein beisammen wohnen —, das ist freilich unglaublich. Aber das Unglaubliche ist nicht das Unerhörte oder Unmögliche, ja nicht einmal das Ungewöhnliche.

Der Rödersrieder hatte sich auf der Höhe seines Stolzes eine Einsiedelei erbaut und war da nicht herauszubringen. Als einmal ein Vierteljahr verstrichen war, war auch die Geduld und Festigkeit auf ein Jahr hinaus gesichert; und nach einem Jahre begannen schon Schlinggewächse die Einsiedelei auf der Höhe zu umziehen, sodaß es sich immer ernster und dunkler darin ausnahm. Die folgenden Jahre schienen viel kürzer als das erste Jahr. Und es wurde immer düsterer von den Schlinggewächsen, sodaß der Frieder gar nicht sah, wie die acht Jahre vorüberhufchten. Er wäre nicht um die Welt aus seiner Einsiedelei herauszubringen gewesen. Eigentlich war es eine Zweisiedelei; denn er hatte die Madlene mit drinnen, wenn auch ohne Fleisch und Blut. Wenn er einmal die leibhaftige Madlene sah durch die Schlinggewächse hindurch, so drückte er die Augen zu, um seine geistige Madlene nicht zu verlieren. Das vermochte der Frieder. Hundert andre wären zu lumpig dazu gewesen.

Madlene war in ihrem Bahn, der Rödersrieder habe die Triltschenschristel vom Pfingsttanz nach Hause begleitet, durch eine Begegnung am Johannistag bestärkt worden. Sie hatte für den Vater einen Gang in die Brattendörfer Schmiede